Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 8 (1928-1929)

Heft: 11

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Reformgedanten in der freifinnig-demofratifchen Bartei.

* *

Anher der jüngsten, dersenigen der Bauern, zeigen alse uniere großen Barteien augenblicklich Krisenerscheinungen. Der Gegensat von Kapital und Arbeit spaltet auch die katholische Volkspartei in zwei Teile, und wenn auch der gemeinsame Glaube als verbindende Brücke zwischen beiden dient, so ist der Gegensat doch stets lebendig vorhanden und verlangt weitgehendste Berücksichtigung in Parteiprogramm und Parteitätigkeit. Die Sozialdemokratie müßte nach der marristischen Lehre ihre Rüte in der Zeit wirtschaftlicher Not und schlechten Geschäftsganges erleben. Das Umgekehrte war aber im vergangenen Jahrzehnt der Fall. In ausgewühlter Zeit von Bielen als Beg in staatliches Neuland betrachtet, verlor sie, auf die Probe gestellt, kurz nachher insolge ihres Versagens die Hälfte ihres Bestandes. Seither haben sich ihre Neihen wieder aufgefüllt. Aber sie hat den Charakter einer Kampspartei verloren. Bas sie noch als Kamps sührt, ist ein Kamps um eine Theorie. Praktisch ist ihr Streben auf Versechtung der Interessen ihrer Anhänger und Sicherung und Ausdau ihrer Stellungen in den Behörden und öffentlichen Amtern gerichtet. Staatspolitisch ist sie sogenen Zustandes augenblicklich in der freisinnig-de mokratischen Anterigenen. Nationalrat Grimm bemerkt in seiner, in der Januarnummer der "Koten Revue" erschienen, der Geschichte und Gegenwartslage des Freisinns gewidmeten Betrachtung, dieser habe nicht weniger als zehn Jahre gedraucht, um zu merken, daß sich im eidgenösssischen Laatsleben und in der Stellung der eigenen Bartei etwas geändert habe. Damit ist aber nichts dagegen bewiesen, daß nicht die jett, wie es sicheint, hier entschlossende

Borsichtig hat Parteisekretär Dr. Steinmann im offiziellen Parteiorgan, in der "Politischen Rundschau", die augenblickliche taktische Lage der Partei

umriffen :

"Zur Zeit beschäftigt weite Kreise die Frage der programmatischen und organisatorischen Resorm unserer Partei."

Allerdings feien die "grundfählichen Erörterungen im Schofe der Partei noch nicht so weit gediehen, daß sie im Einzelnen öffentlich distutiert werden follten". Auf feinen Fall genüge aber etwa eine organisatorische Reform der Bartei:

"Alle technischen Anderungen nüten nichts, wenn die materiellen Boraussehungen für eine Festigung und Erweiterung der Front sehlen."

"Unter diesen materiellen Voraussehungen ist die programmatische

Grundlage der Parteitätigkeit zu verstehen."

"Seit 1917 hat sich die Partei mit den jog. Parteimanifesten beholfen, durch die jeweils vor den Nationalratswahlen eine Art Programm herausgegeben worden ift."

"Man ist sich einig darüber, daß dieser Notbehelf heute nicht mehr

genügt."

Bestimmter noch spricht sich Redaktor Horner in der "Züricher Post" aus:

"Seit der Einführung des eidgenöffischen Proporzes steht die schwei-

zerische freisinnig-demotratische Partei in der Defensive.

"Die Umstellung auf die schmalere Aftionsbasis einer Minderheits= partei ist die Kernfrage für die freisinnig-demokratische Partei geworden."

"Die Partei tann ihre Basis noch weiter und bewußt verengern, indem jie eine Partei der Arbeitgeber in Industrie und Gewerbe bildet." "Sie fann fich aber auch in der Richtung einer Boltspartei weiter entwickeln."

"Der erste Beg ist der Beg zu einer fonjervativen Partei, die fich auf die Abwehr der Sozialbemofratie und überhaupt ber Strömungen von links her fonzentriert."

"Der zweite Beg fann nur mit dem Billen zur Dffensive betreten werden. Taugliche Baffen find hier: jogiale Aufgeschloffenheit, Bille gur iozialen Tat."

"Jedenfalls sieht sich die schweizerische freisinnig-demotratische Bartei hier vor wichtige Fragen der grundfählichen Richtung gestellt, benen man auf die Dauer durch taftisches Ausweichen nicht begegnen fann."

"Die freisinnig-demokratische Partei hat sich um ihrer Gegenwart und Butunft willen lebhafter als bisher barum zu fummern, wo fie fteht

und wohin jie gehen joll."

Zweifellos haben ähnliche Gedankengänge auch die Luzerner Tagung des Zentralvorstandes der freisinnig-demokratischen Partei vom 20. Januar beschäftigt, auch wenn die Offentlichkeit darüber nicht eingehender unterrichtet worden ift. Die Frage ift nun die, wie weit die Erfaffung der gesamten staatspolitischen Lage von heute und ihre geistige Berarbeitung in den Kreisen der freisinnig-demokratischen Partei bereits gediehen ift. Denn ohne solche bestünde die Gefahr, daß es sich bei einer Programmreform im wesentlichen doch wieder nur um Magnahmen parteitaktischer Natur ohne staatspolitische Tragweite handeln würde.

Die Antrittsrede, die Prof. Guggenbühl am 17. November vorigen Jahres an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich über "Die Krisis der modernen schweizerischen Demotratie" gehalten hat, liegt jest auch im Druck vor (Sauerländer, Aarau, 22 S.). Sie bedeutet eine verdienstvolle Verteidigung unserer bestehenden Verhältnisse und Einrichtungen. Man könnte höchstens fragen, gegen wen dieselben eigentlich verteidigt werden mussen? Wenn in den angeführten Schriften des Grafen Kehserling — "Spektrum Europas" — und des Freiheren von Liebig — "Berschweizerung des beutschen Bolkes" — absprechende Urteile über unser Land enthalten sind, so treffen diese Urteile Erscheinungen der schweizerischen Gegenwart, die nicht wesenhaft mit unseren demokratisch-volkhaften Staats- und Lebensgrundlagen

verbunden sind, sondern ganz andern Ursachen entspringen, auch wenn die betreffenden Autoren in ihrer von Sachkenntnis meist wenig beschwerten Art sie aus Gründen innerdeutscher Parteipolitik gerne darauf zurücksühren möchten. Guggenbühl bezeichnet die "Krisis der Demokratie" denn auch ausdrücklich als "sogenannt" und die Kritik an der Demokratie als "nervös" und "wenn auch nicht durchweg als unberechtigt, so doch als unvorsichtig und einseitig", und saßt sein Urteil dahin zusammen:

"Was man als Krisis der Demokratie bezeichnet, ist übrigens keine solche der demokratischen Institutionen, sondern eine Krisis der Gesinnung

als Teil der allgemeinen nachfriegszeitlichen Zerrüttung."

Bie aber, wenn nun gar nicht die Demotratie als solche Gegenstand der gerügten Kritit ware, jondern nur eine ganz bestimmte geschichtliche Form derselben? Geht nicht ein gut Teil der laut werdenden Kritik ja dahin, daß die heutige Form der Demotratie, d. h. die Demotratie, wie sie in den Kantonen die Regeneration von 1830—32 und im Bund das Jahr 1848 schuf, eine ungenügende Demofratie jei, die, um eine wirkliche Demofratie zu fein, erft noch weitgehender Ergänzung bedürfe? Sind wir nicht vielleicht noch ein wenig allzusehr in den hergebrachten Parteianschauungen befangen und können uns eine Kritif an den liberalen Einrichtungen von 1848 nicht anders denn als Kritit an der demokratischen Staatsform überhaupt vorstellen? Demofratisch war das eidgenössische, bezw. waren die eidgenössischen Staatswesen aber ichon fünf und mehr hundert Jahre vor 1848; zugegeben mit Unterbrüchen, bezw. Berfallszeiten, aber in mancher Sinficht auch wieder viel unmittelbarer demotratisch als die liberale Repräsentativ- und Parlamentsdemokratie von 1830 und 1848. Wer sollte eigentlich auch ernsthaft unsere demokratischen Staats= und Lebensgrundlagen in ihr Gegenteil verkehren wollen? Und warum sollte er das wollen? Ein Volksteil, der allein Staat und Staatsgewalt verkörpern und die übrigen Bolksteile gewaltsam von der staatlichen Willensbildung fernhalten und so die Möglichkeit politischer Strömung und Gegenströmung ausschalten wollte, lüde sich doch damit nur unübersehbare Schwierigkeiten und eine untragbare Verantwortung vor dem eigenen Volk auf. Zu einem solchen Mittel ohne äußerste Not zu greifen, ware frevelhafte Spielerei. In dieser Richtung droht denn auch der Schweiz am allerwenigsten eine Gefahr, so wenig ihr eine solche in einer sechshundertjährigen Geschichte jemals ernsthaft gedroht hat. Biel größer war im Gegenteil immer die Gefahr, die ber Schweiz aus einem Stillestehen ihres politischen Lebens und ber Aussonderung einer ausschließlich herrschenden, einzig noch auf die Erhaltung ihrer Stellung bedachten und alle Neuerungen als unnötig ablehnenben, ja rudfichtslos befämpfenben Bolfsichicht entstand.

Guggenbühl findet von der Kritik an den heutigen Einrichtungen und

Buftanden, daß fie "vorläufig im Papier steden" bleibe:

"Sie verlegt sich zu fehr aufs Moralisieren und Phantafieren."

"Sobald es sich um zweckbienliche Berbesserungsvorschläge handelt, versagt der Kritiker."

"Jedenfalls ist die heutige Zeit noch nicht reif für ein umfassendes

Reformprogramm."

"Noch trägt fein Mensch ben Entwurf einer revidierten Bundesver-

fassung in der Tasche herum."

Spielt bei einer solchen Bewertung der heutigen Kritik aber nicht auch die Einstellung zum Bestehenden eine gewisse Rolle? Werden demjenigen, der die mancherlei fragwürdigen Erscheinungen in unserem heutigen staatlichen Leben lediglich auf eine "Krisis der Gesinnung", und nicht auf Mängel in den augen-blicklichen "demokratischen Institutionen" zurücksührt, nicht unwillkürlich Rot-wendigkeit und Sinn der Neuerungsvorschläge verschlossen bleiben müssen? Zum mindesten, wird er gegenüber solchen Vorschlägen nicht leicht einen viel strengeren Maßstad anwenden als gegenüber den Unzulänglichseiten des Besitehenden? Und warum soll denn die heutige Zeit nicht reif sein sür ein umsgliendes Reformprogramm? Wenn eine Zeit erst dann zu staatlicher Reformarbeit reif wäre, wenn ein ausgearbeitetes Reformprogramm vorliegt, ober

mit den Worten Guggenbühls: wenn bereits jemand "den Entwurf einer revidierten Bundesversassung in der Tajche herumträgt", dann wäre überhaupt nie eine Zeit reif zur Reformarbeit. Denn dazu, daß sich einmal die tausendfachen Aussetzungen an den bestehenden Berhältnissen und Ginrichtungen zu einem durchführbaren Berfaffungsentwurf verdichten, bedarf es der Arbeit einer gangen Generation, ja mehrerer Generationen. Wenn wir aber immer betonen, die Zeit sei noch nicht reif, an die Arbeit zu gehen, - im Grunde, weil uns por der Größe der unfer harrenden Aufgaben bangt -, dann versäumen wir es schließlich, überhaupt einen Anfang zu machen. Wie das Ende einer Geschichte versäumter Aufgabenerfüllung aussieht, lehrt uns aber der Zusammenbruch von 1798.

Als nicht befriedigt vom gegenwärtigen Inftand erflärt sich alt Ständerat Dr. Biftor Emil Scherrer in einem Artifel in der "Politischen Rundschau". Wie schon aus dessen Titel "Mehrheitswahl oder Proporz?" hervorgeht, handelt es sich dabei allerdings in erster Linie um eine Auseinandersetzung mit der Berhältnismahl und ihren politischen Folgeerscheis nungen:

"Die Nationalratswahlen find wieder einmal vorbei. Sie waren für

unfer Gefühl fad, flach und farblos."

"Die Wahl (nach dem Berhältnisversahren) ist nicht mehr eine Ungelegenheit der Bürger, fie zwingt den Bürger unter die Bartei und läßt ihn nur auf dem Wege durch die Partei Ginfluß auf die Bestellung der Volksvertretung und der Exetutive gewinnen."

"Und wie er nicht mehr selber wählt, sondern seine Partei wählen hilft, so wählt er auch nicht mehr den Bertreter, sondern er hilft, den

Anspruch der Partei auf einen "Sit" begründen."

"Anderungen in den Tendenzen und im Willen des Volkes haben in der Proportionalwahl oft nur noch Berschiebungen um wenige Mandate zur Folge... Die Auswirtung von Anderungen im Willen des Bolfes wird durch dieses Berfahren abgebremst, gemildert. Das politische Leben wiro gelähmt, und der Bürger wendet sich von der tragen, stagnierenden Art solcher Proporzbemokratie ab."

"Nur die große Partei, und damit nur der große, umfassende Gedanke kann hier (bei der Mehrheitsmahl) politisch wirken. Und dies führt mit Rotwendigfeit dazu, daß fich die Bahler in wenigen großen Barteien

sammeln."

"Eine Berschiebung in der Parteiftärke kann beim Mehrheitsversahren eine bisherige Mehrheit entscheidend schlagen und eine Regierung der Opposition heraufführen."

"Wie viel politischer, effettiver, durchschlagender sind die englischen Parlamentswahlen als die matte, flache Proportionalwahl zum deutschen Reichstag und zum schweizerischen Nationalrat."

"Bielfagend sind die Borgange in Frankreich: Raditale und Sozialisten haben die Proportionalwahl wieder über Bord geworfen und sind zur Mehrheitswahl im Einerfreis zurückgekehrt."

Bill man diesen Aussetzungen die Berechtigung absprechen? Dber trifft es etwa nicht zu, daß die vergangenen Nationalratswahlen "fab, flach und farblos", d. h. ohne irgendwelchen großen, zielsetzenden und begeisternden Gestanken waren, daß Aufwand und Opfer dabei auf keinen Fall dem zu erswartenden Gewinn — "Berschiebung um wenige Mandate" — entsprechen konnten und daß diese Art politischen Kampses, wo der Erfolg nicht den Einsatz lohnt, zermürbend auf diesenigen wirkt, die daran teilnehmen und abschreckend auf die, die außerhalb stehen? Eine andere Frage ist es, ob wir allein das Verhältnismahlverfahren für diesen Lähmungszustand unseres politischen Lebens verantwortlich machen und entsprechend durch bessen Abschaffung und die Biedereinführung der Mehrheitsmahl eine Befferung erzielen können.

Belches waren denn die Borausjehungen, unter denen das Mehrheitswahlversahren und mit ihm der repräsentative Parlamentarismus bei uns ein= geführt murden? Gewiß bestand auch damals der Souveran, d. h. die als Berforperung des Staatswillens betrachtete Bolksgesamtheit nicht restlos aus felbständig erwerbenden Einzelbürgern. Aber solche selbständig erwerbende Einzelsbürger waren doch die Angehörigen jener Schicht, die, zur Hauptsache den bissher benachteiligten Volksklassen entstammend, als "Bertreter des Volkes" die Leitung der Staatsgeschäfte übernahmen. Auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung dieser Schicht wurden die neuen Organe zur Bildung und Bollziehung des Staatswillens zugeschnitten. Das "Ideal" der politischen Gleichberechtigung entsprach ihren Bedürfnissen, indem es ihnen ermöglichte, den Wettbewerb mit den bisher wirtschaftlich und gesellschaftlich bevorrechteten Rreisen aufzunehmen und diese im Mehrheitsmahlverfahren, das ihnen als Bertretern der Interessen der breiten Bolksmassen in den Parlamenten allmählich überall eine Mehrheit brachte, in die Minderheit zu drängen und ihre Stel-lungen in Staat und Wirtschaft zu erobern. Sobald dieser Prozeß zu einem gewissen Abschluß gekommen war, hatte aber das repräsentative Parlament auch ichon seine geschichtliche Aufgabe ersullt. Nach wenig Jahrzehnten kam es in Rantonen und Bund zur teilweisen Ginführung der unmittelbaren Bolksrechte wie Volksbegehren, Bolksentscheid und Bolkswahl der staatlichen Spite, die bem Bolt selbst nun weitgehend die staatliche Willensbildung übertrugen. Das Bolk brauchte nun nicht mehr "vertreten" zu werden, und sofern es noch eine "Bertretung" bestellte, erhielt diese mehr und mehr eine andere Zusammenfepung und einen anderen Sinn als die reprafentativen Barlamente der Regenerationszeit sie beseffen hatten. Weder für den Arbeiter, noch den Bauern. noch den Angestellten, noch den Unternehmer bedeutet es heute einen Zwang, seine Stimme einem Vertreter seines Beruses oder Standes zu geben. Im Gegenteil, es ist nichts natürlicher, als daß er seine Interessen durch seine Berufs- oder Standesorganisation — die sich im Falle der Arbeiter und Bauern ja gang, im Falle der Unternehmer und anderer Stände teilweise mit ber "politischen Partei" bedt - am besten gewahrt sieht und entsprechend alles tut, biefer in der "Bolksvertretung" möglichst viele "Site" zu sichern.

Insofern bedeutet die Berhältnismahl sicherlich für die große Mehrzahl der Stimmberechtigten nicht nur keinen Zwang "unter eine Partei", sondern die natürlichste Art, ihren Willen in der ihren Interessen entsprechenden Weise zu bekunden. Nur treffen für ein so bestelltes "Parlament" die Vorstellungen, die man mit dem klassischen repräsentativen Zweiparteien-Parlament etwa Englands verbindet, in keiner Richtung mehr zu. In einer nach dem Berhältniswahlversahren bestellten Vertretung gibt es seine Mehrheit und Minderheit im ursprünglichen Sinne des Wortes mehr, schon meist aus dem Grunde, weil es sich um mehr als zwei "Parteien" handelt, die nun alle bloße "Mindersheiten" sind. Aber selbst angenommen, eine der vorhandenen Parteien besäße noch die absolute Mehrheit, so will das nicht besagen, daß diese nun allem die Regierung bilde und unter Ausschluß der "Minderheiten" regiere. Selbst in der Blütezeit der repräsentativen Parlamente haben einzelne Rantonsverfassungen eine Bestimmung gekannt, wonach der (konfessionellen) Minderheit in der Regierung und den Berichten ftets von rechtswegen eine Bertretung einzuräumen sei. So wenig nach dem parlamentarischen Shstem ging es auch zur Zeit der Mehrheitswahl bei uns zu. Im Verhältniswahlparlament ringen nun erft recht nicht mehr zwei Machtgruppen miteinander um die gahlenmäßige Mehrheit und entsprechend um die Bestellung der Regierung und die ausschließliche Führung im Staat. Die nach der Verhältniswahl bestellte "Ber= tretung" fann jo auch nicht der entscheibende Ort staatlicher Willensbildung fein, ebensowenig wie die vornehmlichste Aufgabe des flaffischen Parlamentes, die Kontrolle der Regierung, seine Aufgabe sein kann. Unsere heutige Bundesversammlung, die sich doch noch recht im Zwischenstadium zwischen der einen und anderen Parlamentsform befindet, will schon längst feine ernsthafte Kontrolle über die Regierung mehr üben, wie übrigens die Regierung auch sich ber Bundesversammlung nur noch in febr mäßigem Umfang verantwortlich

fühlt. Kritit an der Regierungstätigfeit üben, ift doch nur dann fruchtbar, wenn die Möglichkeit besteht, dadurch aus einer bisherigen Minderheits- in eine Mehrheitsstellung zu gelangen und so die Regierung zur Anderung des Kritisierten zu zwingen oder sie zu stürzen. Da teine in der Bundesversammlung laut werdende Kritit diese Folge haben tann, ist auch der Großteil dieser Rritif nur perfonliche Wichtigtuerei oder, als Empfehlung an die eigene Bählerschaft, zum Fenster hinausgeredet. Der Stimmberechtigte, der sich auf Grund des Berhältniswahlversahrens eine "Bertretung" bestellt, will und fann aber von diejer Bertretung auch gar nicht verlangen, mas früher von einem Parlamente verlangt wurde. Bas hätte denn z. B. der Bauer für ein Interseise, einer Bauern-"Partei" zu stimmen, von der er doch weiß, daß sie infolge der Minderzahl der bäuerlichen Bevölferung in der Schweiz, für alle Zeiten eine Minderheitspartei jein wird, wenn er nicht die Aberzeugung hatte, daß diese "Minderheit" sich in der "Bertretung" genau so Geltung zu verschaffen vermöchte, wie alle anderen Minderheiten, seien diese auch konfessioneller oder nationaler Art. Gerade die Berhältniswahlvertretung bietet jeder Minderheit die Gewähr der Berücksichtigung und positiver Mitbeteiligung an der Bildung der staatlichen Willensrichtung. Nur vollzieht sich die entscheidende staatliche Willensbildung jett nicht mehr in der "Vertretung" selbst. Diese ist nichts anderes mehr als ein Spiegel der Interessenlage im Land — zu Handen der Regierung. Aus ihr bezw. aus ihrer öffentlichen Rede und Gegenrede schöpft die Regierung diejenige Kenntnis der Bedürfnisse, Strömungen und Berhältnisse der einzelnen Berufsstände, fonfessionellen Gruppen, Landesteile u. j. w., deren sie zur richtigen, zweckentsprechenden Leitung und Führung der inneren und äußeren Politik des Landes bedarf. Das politische Schwergewicht, das man in der Regenerationszeit ganz oder vorwiegend ins Parlament zu verlegen suchte, ruht wieder ganz oder vorwiegend bei der Regierung. Mit dem Unterschied nur, daß diese Regierung nicht autofratisch aus einer bevorrechteten Schicht, wie vor der Regeneration, jondern demotratisch aus dem Willen der Bolksgesamtheit, d. h. aus der unmittelbaren Bolkswahl hervorgeht.

Scherrer möchte gerade den umgefehrten Weg gehen. Tropdem seit Jahrszehnten unsere staatspolitische Entwicklung mit der Einsührung von Volksbegehren, Bolksentscheid, Verhältniswahl und Volkswahl der staatlichen Spike zusehends vom repräsentativen Parlamentarismus weggesührt hat, sieht er in der Rücksehr zur Mehrheitswahl den einzigen Ausweg aus den Lähmungs

und Stillstandsericheinungen unserer politischen Gegenwart:

"Auch für unser Land wird die Proportionalwahl nicht den Abschluß der Entwicklung bilden."

"Es wäre fein Nachteil, wenn unser Parlament nicht mehr völlig das "getreue Spiegelbild" des Bolfes wäre, wenn dagegen unsere Wahlen wieder zu einem Elemente wirklichen politischen und demokratischen Lebens würden."

"Muß wirtlich im Reserendumsstaate noch eine proportional nach der Stärke der Parteien gewählte Volksvertretung bestehen? Wir verneinen die Frage und halten es sür wichtiger, daß unsere eidgenössischen Wahlen die politische Bedeutung wieder erhalten, die sie in unserer Demokratie haben sollten."

Unsere Wahlen müssen wieder zu einem "Elemente wirklichen politischen und demokratischen Lebens werden". Es muß dabei wieder um "große, ums sassende Gedanken" gekämpst werden. Die Wähler sollen sich wieder in zwei Teile scheiden, je nachdem sie für den Auss und Umbau unseres Staates oder sür das träge Beharren und Stillestehen beim Beharrenden sind. Die Wahlen zur Volkse Vertretung werden diese Scheidung und zugleich Sammlung aber nie bringen. Das werden nur Wahlen zur Volkse Regierung. Nicht die Bestellungsart der Vertretung, sondern diesenige der Führung steht daher in Frage.

Marau, den 26. Januar 1929.

Bur politischen Lage.

Die Dittatur als lettes Seilmittel im balfanisierten Often. — Die Gewalt als Zuflucht im fultivierten Beften.

Bekanntlich ist Europa noch nie so schön in Ordnung gewesen, wie seit der gründlichen Umgestaltung aller Grenzen nach dem Grundsatz der Gleichberechstigung aller Bölker, des Schußes der kleinen Nationen wie der nationalen Minderheiten durch die Pariser Verhandlungen vom November 1918 bis zum Sommer 1919. Grundschlecht war der Zustand bis dahin; befriedigend, soweit das menschliche Kräfte zu gestalten vermögen, ist dann alles eingerichtet worden. Und so hat es auch zu bleiben. Jede Veränderung des damals geschaffenen Zusstandes bedeutet ein Attentat auf den europäischen Frieden, auf die Grundsäße

des Rechts und der Gerechtigkeit...

So lautet der Spruch, der in der verschiedensten Ausgestaltung und Aussichmüctung unweigerlich jeden Tag von der Pariser Presse und dem ganzen an der Erhaltung des heutigen französischen Machtspstems jeweilen gerade intersesseren Pressern heruntergeleiert wird. Man hofft wohl durch stete Biedersholung schließlich diese Dinge zum Gemeingut der öffentlichen Meinung der Welt zu machen. Bis zu einem gewissen Punkte ist das ja auch völlig geslungen. So schwört alles, was irgendwie pazisistisch denkt, darauf, daß jeder, der den heutigen Zustand zu ändern unternimmt, ein Friedensstörer sei. Aber im übrigen hat man doch je länger je mehr den Eindruck, daß die Massenhypnose von 1918/19 langsam weicht, daß die von Paris aus gepredigte Auffassung an Boden verliert.

Daran ist im wesentlichen nicht mangelnde Geschicklichkeit der französischen Regie schuld, sondern die Sprache der Tatsachen. Diese ist unverkennbar. Sie drängt jedem unvoreingenommenen Beobachter mit der Zeit eine andere Meisnung auf, als die von Paris aus vertretene.

Am stärksten wirken in diesem Sinne wohl die Zustände in all den neu entstandenen Staaten im nahen Osten. Man kann sie kurzweg als reines Durchseinander bezeichnen. Erst in der vorletzen Rundschau habe ich bei Anlaß der Jubelseiern für das zehnjährige Bestehen dieser Staaten darauf ausführlich hinsgewiesen. Inzwischen hat jede Boche neue Belege dasür gebracht. Am einsdrucksvollsten ist darunter wohl der Staatsstreich in Südslawien gewesen. Auch hier hat sich das Staatsvolk innerhald zehn Jahren so weit in seine ursprüngslichen Bestandteile aufgelöst und ist dabei in eine derart bittere innere Ausseinandersehung gekommen, daß der Staatskarren immer mehr verlottert ist und beinahe auseinander zu fallen drohte. So sind durch den Staatsstreich des Königs alle demokratischen Einrichtungen beseitigt worden und an ihrer Stelle herrscht nun die Militärdiktatur. Einer der frühern Königsmörder hat jetzt die Geschicke Südssawiens in der Hand. Wohin er das Land sühren wird, das kann erst die Zukunst zeigen. Die stärksten Zweisel sind aber auf jeden Fall erlaubt. Wie wird sich z. B. das Schicksal der immerhin sehr ansehnlichen nationalen Minderheiten bei einem Regime ohne Kontrolle und ohne Berufungsmöglichkeit gestalten?

Auf jeden Fall ist nun Südslawien ebenfalls in die Reihe der einzig und allein von der Gewalt geseiteten Staaten eingetreten. Es gliedert sich damit der bereits langen Reihe seiner Borgänger auf diesem Bege in dem vergrößerten Balkan an. Die Türkei steht seit Jahren unter der Leitung Kemals. Griechensland hat die Diktatur des Generals Pangalos mit der des Zivilisten Benizelos vertauscht. In Bulgarien herrscht die Regierung ebenfalls diktatorisch. Ungarn steht unter Horthy und seinem Gehilsen Bethlen. Polen hat Pilsudski, Lithauen Boldemaras als Diktator. Es bleiben nun noch drei Staaten übrig: Osterreich, die Tschechoslowakei und Rumänien. Das letztere steht seit vielen Jahren eigentslich auch immer unter einer Diktatur, unter der des jeweiligen Ministerpräsis denten. Bohl erlebt es unter der jetzigen Leitung von Maniu bessere Zeiten, aber die Frage ist, ob sie dauern werden. Auch hier warten die Generäle schon So sehen wir auf der ganzen Linie bereits die Gewalt als letztes Auskunstunst

mittel an der Arbeit. Rur jo hat man das allgemeine Durcheinander aufhalten

fonnen. Wie weit wird aber dieses Mittel reichen?

Geht man den Ursachen dieser Erscheinung nach, so sindet man fast überall die grenzenlose Parteiung des im Staate herrschenden Volkes und daneben die Zuteilung weiter fremdvölkischer Gebiete zu allen diesen Staaten, die Lösung aller alten Bande und Formen durch die neuen Grenzziehungen, die wirtschaftsichen und politischen Röte aus der falschen Grenzziehung als Haupttriebkräfte zu den heutigen Zuständen. Die allgemeine Unsicherheit veranlaßt überall eine besondere Wertschätzung der Wehrmacht, große Küstungsausgaben und damit wiederum sinanzielle Schwierigkeiten. So kommt es zum Kampse aller gegen alle und zur immer heftigeren Auswühlung der Leidenschaften, zur immer größern Anhäusung von Zündstoss.

Sollen das nun die 1918/19 geschaffenen idealen Buftande fein?

*

Ahnliche Gedanken drängen sich einem auf, wenn man die Entwicklung im deutsch-französischen Grenzgebiet seit 1918 verfolgt. Es ist hier ja immer ziemlich lebhast zugegangen. Aber fast auf jedem Teilgebiet muß man heute seststellen, daß die Gegensätze noch nie so scharf und unversöhnlich waren wie heute.

Da haben wir zunächst einmal Eljaß-Lothringen, das seit 1870 das Kernstück in den deutsch-französischen Beziehungen bildete, bis 1918 die Rheinlande diese Rolle übernehmen mußten. Wie oft ist in den letzten vier Jahren an dieser Stelle von dieser Nachbarlandschaft die Rede gewesen! Die Ereignisse haben sich dort überstürzt und in einer Weise entwickelt, die kaum jemand je sür möglich gehalten hat. Es wäre sozusagen jeden Monat möglich, die Rundschau mit wirklich bedeutsamen Dingen aus Elsaß-Lothringen zu füllen. Bor einem Viertelzahr habe ich die elsässische Entwicklung zuletzt zu schildern versucht und was hat sich nicht seither alles ereignet. Damals waren eben die Generalratswahlen mit den überraschenden Ersolgen der Autonomisten und die

erften Berhandlungen diefer neuen Generalrate vorbei.

Seither fam der endgültige Zerfall der großen katholischen Partei im Elsaß; offendar unter dem Drucke von Paris schieden die waschten französischen Patrioten aus der Partei aus und organisierten sich selbständig. Sie schusen sich in dem "Elsässer Boten" mit offendar sehr viel Geld ein eigenes Organ. Bas für eine unsichere Sache aber muß dies sein, da man zur Leitung dieses eben so groß aufgezogenen, wie kleinlich gehässig gehaltenen Blattes nuemand anders zu sinden wußte als unsern berüchtigten Landsmann Charles Hängei (Hängdi — wie ihn die elsässischen Bigblätter zu nennen pslegen!). Man kann es da begreisen, daß selbst in gesinnungsgemäß dieser Richtung anzgehörenden Areisen die Mißstimmung über die traurigen Bertreter dieser Sache recht groß ist. Und was soll man erst zu den eigenklichen "hohen Herren" dieser neuen Partei sagen? Etwa zu dem Abgeordneten Weydmann, der noch im Jahre 1917 Hindenburg die patriotischen Grüße des Elsasses überbracht hat und sich heute vor sranzösischem Nationalismus nicht zu sassen einen allzu großen Ersolg erzielt hat.

Den umgekehrten Weg gingen die Dinge in Lothringen, wo die Autonomisten sich von der alten Partei trennten, eine eigene christlich-soziale Partei gründeten und in Saargemünd ein eigenes Blatt schusen, das "Lothringer Journal". Damit scheiden sich die Parteien in Elsaß-Lothringen nun endgültig in heimatrechtliche und französisch-nationalistische. Die Lage ist nun klar und die

Auswirkungen sind bereits handgreiflich.

Beiter ist zu erwähnen das Attentat auf den Staatsanwalt Fachot, bestant durch seine klägliche Rolle im Colmarer Prozeß. Ein Eljässer hat hier einen politisch bereits toten und in der Bersenkung Berschwundenen wieder lebendig geschossen. Diese Tat eines Einzelnen, ebenso unüberlegt in der Ausführung wie in den Folgen, bot der gesamten französischen Richtung im Elsaß Anlaß, in schärfster Beise gegen die Autonomisten loszuziehen. Man hat aber nicht verwocht, irgendwelche Beziehungen zwischen dem Attentäter und

ihnen nachzuweisen und so ist der Generalangriff im Elsaß selbst wirkungslos verpufft. Er hat aber zur neuerlichen Berschärfung der Gegenfage beigetragen Auch im Ausland hat das Attentat die Leute aufhorchen lassen und die elfässische

Frage wieder in Erinnerung gebracht.

Als weitern wichtigen Bunkt haben wir das auf Drängen der französischen Regierung stets offener werdende Borgeben der beiden Bischofe von Strafburg und Met gegen die Autonomisten im fatholischen Lager zu erwähnen. Bischot Ruch hat offen für die neue Partei im Eljaß Stellung genommen. Beibe Bischöse haben Geistliche gemaßregelt und weitere Maßregelungen in Aussicht gestellt. Im Zusammenhang damit kam es jedoch zu einhelligen Kundgebungen des Klerus für den schwer angeseindeten Abbé Haegy, den eigentlichen Schöpfer der katholischen Organisation im Lande, und gegen den oben erwähnten Abgeordneten Bendmann. Diese sozusagen einstimmig und mit Namensunterschrift gesaßten Beschlüsse bedeuten auch eine offene Verurteilung der Haltung des Bijchofs.

Großes Aufsehen hat weiter die Rückfehr des im Colmarer Prozes verurteilten, aber damals in der Schweiz sich aufhaltenden Autonomistenführers Dr. Roos, gemacht. Rach einem dramatischen Auftritt in einer riefigen Bolfsversammlung in Strafburg stellte er sich am folgenden Tage den französischen Behörden. Damit war ohne weiteres die Rotwendigkeit da, das Bersahren gegen ihn und damit den Colmarer Prozeß neu aufzurollen. Das war der Regierung entsetzlich unangenehm. So hat sie es schließlich sertig gebracht, Dr. Roos dem ordentlichen Schwurgericht in Colmar zu entziehen und vor das Gericht in Besanzon zu schicken. Damit wird die Untersuchungshaft auf jeden Fall stark verlängert. Bor allem aber wird nun dieje elfässische Angelegenheit, in der Angeklagter und Zeugen fich der deutschen Sprache bedienen, vor einen Berichtshof gewiesen, in dem niemand Deutsch versteht. Das schwächt natürlich die Aussichten von Dr. Roos auf einen Freispruch ganz bedeutend ab. Wir haben es hier mit einem neuen traffen Beispiel der ganzlichen Verlotterung der frangösischen Justig zu tun, wie man fie in den elfässischen Fragen schon jo oft feststellen tonnte. Die Gerichte find ein willenloses Bertzeug der Regierung geworden! Auf jeden Fall wird man das Schickfal von Dr. Roos von ber Schweiz aus mit gespanntefter Aufmertfamteit verfolgen, da der elfässische Führer sich bei uns im Laufe seines einjährigen Aufenthaltes viele Freunde erworben hat.

Die Gelegenheit zum offenen Meffen der Kräfte bot im Elfaß ichließlich die durch die Nichtigerklärung der Mandate Ridlins und Roffes nötig gewordene Neuwahl im Oberesjaß. Hier bildete sich jest zum ersten Male in völliger Klarheit die autonomistische Front auf der einen, die nationalistische auf der andern Seite. Der Ausgang des Wahlganges in den beiden Wahlstreisen Altkirch und Colmar hat gezeigt, daß die Autonomisten die Mehrheit des Volkes hinter sich haben. Damit sind die Ergebnisse der allgemeinen Kammerwahlen im letzten Frühjahr und der Generalratswahlen im Herbst von

neuem befräftigt worben.

Die Parifer Regierung hat jo eine Bestätigung der ablehnenden Saltung der Elfässer ihrer ganzen Politik gegenüber erhalten. Dies aber bildet den Auftakt zu der großen Aussprache über die Lage in ElsaßsLothringen. Mit allgemeiner Spannung wird dieje Aussprache erwartet, die einen Umfang und eine Bedeutung erhalten wird, wie bisher noch nie. Regierung und Parlament werden Farbe bekennen muffen und damit wird für eine gewisse Periode wohl die Entscheidung über den Berlauf der Dinge im Elsaß fallen. Richt nur im betroffenen Gebiet, in gang Frankreich und weit darüber hinaus in der ganzen politisch interessierten Offentlichkeit verfolgt man die Angelegenheit mit großer Spannung. Poincaré hat jelbst alles getan, um diese Erwartung zu erhöhen und bem Greignis in der Rammer das nötige Relief zu geben.

Bie wird wohl das Ergebnis sein? Man wird schon heute seststellen durfen, daß Kammer und Regierung den elfässischen Dingen mit vollenbeter Berständnistosigteit gegenüberstehen. Bor allem gilt dies auch von dem starken Mann im heutigen Frankreich, von Poincaré selbst. Erst kürzlich noch ist mir

im Elfaß von verschiedener Seite versichert worden, auf Grund von persönlichen Beiprechungen mit Poincaré, daß dieser sich nicht belehren lasse und nichts Iernen wolle. Er begreife die Entwicklung nicht und hege gegen die Autonomisten einen persönlichen Sag. Dag eine jolche aus Leidenschaft und Beichränktheit gemischte und durch die gewohnte Energie verschärfte Saltung nichts Gutes voraussehen läßt für eine wirklich staatsmännische Lösung einer so verwickelten und verfahrenen Lage, das ift wohl flar. Run, man wird es ja jehen.

Eines wird man feststellen durfen: Elfaß-Lothringen ift heute wieder ein internationales Problem geworden und wächst immer mehr in diese Rolle hinein. Wird man es in Paris jest noch einmal mit der starfen Sand versuchen, wird man zu neuen, diesmal umfangreichen Preffeverboten und zur Berhaftung aller der verschiedenen Führer schreiten, so wird man diese Lage nur verschlimmern. Ein Ausnahmegeset für Eljaß-Lothringen ist feine innerfranzösische Angelegenheit mehr! Damit aber ist die Spannung an dieser Stelle mindestens so scharf geworden wie nur einmal in der Vortriegszeit. Das gleiche wird man vom Nordende des germanisch-französischen Bruch-

grabens im alten Lotharingien, dem heutigen Belgien, sagen dürfen. Von der Bormswahl, die in Brüssel an den höchsten Stellen des Staates als Sturmzeichen gewertet wurde, ist hier aussührlich die Rede gewesen. Seither ist in Belgien als Nachwirtung dieses Wahlganges und als Vorbote der im Mai kommenden allgemeinen Wahlen die nie ganz abreißende Aussprache über die flämische Frage wieder in vollen Schwung gefommen. Borms ist freigelassen worben, die eingeschräntte Amnestievorlage für die Aftivisten ist angenommen. Und öfters fann man jest von notwendigen Resormen im Sinne der flämischen Forderungen lesen. Man bekommt allmählich Angst für das Gefüge des Staates. Db das nun nur Wahlfieber ist oder ob es wirklich der Ansatz zu einem Schritt auf dem Wege der Lösung der flämischen Frage ift, darüber werden wohl die Wahlen selbst entscheiben. Gelingt es dem flämischen Nationalismus, merkliche Erfolge zu erzielen, die Bahl feiner Bertreter im Parlament zu erhöhen, fo ist wohl das lettere gesichert. Die bisher herrschenden Parteien werden schon aus Selbsterhaltungstrieb dafür sorgen. Ob aber das jest schon eintritt oder nicht, die ganze Entwicklung läßt fich auf die Dauer nicht mehr aufhalten. Dafür sind auch hier die Gegensätze zu scharf, die Meinungen zu bewußt geworden.

Und gleichzeitig erlebt Belgien als neues übel zu den alten, allmählich in seinem "befreiten" Gebiete, in Eupen-Malmedy, die richtigen Früchte seiner Staatstunft. Nachdem diejes fleine Stück deutschen Landes jahrelang bloß in passivem Biderstande seine Entschlossenheit zur Bahrung der eigenen Art gezeigt hatte, ist das seit einiger Zeit anders geworden. Die bisher unorganisierten, führerlosen Kräfte regen sich. Auf die kommenden Wahlen hin ist eine eigene Partei nach dem Muster des deutschen Zentrums gegründet worden, die für die Kammerwahlen einen Bewerber aufstellen wird. Und es besteht durchaus die Möglichkeit, daß die deutsche Partei mit diesem Vorgehen Erfolg haben wird. Es kann im künftigen Brüsseler Parlament neben den Flamen und Walsonen auch einen deutschen Abgeordneten geben und zwar einen, der nicht besteich gesinnt ist. Parch großes Ertieten in Brüssel. Seient ruft die nach belgisch gesinnt ist. Darob großes Entsetzen in Brüssel. Sosort ruft die nastionalistische Presse nach der Gewalt, nach dem Einschreiten des Staates, nach ber Militardittatur. Das fieht auch hier zehn Jahre nach dem Friedensichluß nicht gerade nach einer idealen Lojung aus. Aberall muß die nachte Gewalt die berstende Herrlichkeit beisammenhalten.

Marau, den 29. Januar 1929.

heftor Ammann.

Gozialdemokratie und Wehrmacht.

Bericht aus dem Deutschen Reiche.

Die Unversöhnlichkeit parteipolitischer Lehrmeinung mit den Gegebenheiten ber Wirklichkeit hat von der Zeit an, da Noske das Reichswehrministerium übersnahm, bis zur Krisis um den Panzerkreuzer wiederholt die Gemüter in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD.) peinlich beunruhigt. Immer klarer hat sich dabei eine Scheidung vollzogen zwischen den unentwegten Dogsmatikern sozialistischer Theorien, denen die Heilslehre höher stand als das zu schaffende Heil, und einigen wirklichkeitsnahen, verantwortungsbewußten Elementen der Partei, welchen die politische Gestaltung mehr bedeutet als die Ibeologie.

Im Gesolge der Panzertreuzertriss hat die Stellungnahme der SPD. zu den Fragen von Pazisismus und nationaler Wehrhaftigkeit ein so dringendes Bedürsnis nach Klärung hervorgerusen, daß der Parteivorstand wohl oder übel nicht mehr länger einer grundsätlichen Erklärung aus dem Wege gehen konnte. Sine unter dem Vorsitze des Genossen Dittmann einberusene Kommission zur Prüsung der Wehrstage unterbreitete in den letzten Dezembertagen des vergangenen Jahres den Parteigenossen eine programmatische Kundgebung als "Richtlinien der Wehrpolitik". Dieselben stellen lediglich einen Entwurf dar, den Dittmann auf dem am 10. März 1929 in Magdeburg beginnenden Parteistage als Reserent begründen wird. Ob die "Richtlinien" zum Programm der SPD. werden sollen, wird sich also erst in Magdeburg entscheiden.

Aber was ihr Schicksal dort auch werden mag, sie verdienen Beachtung: Einmal als Ausdruck politischer Einstellung von führenden Genossen zur Frage der Behrhaftigkeit und sodann, nicht zuletzt, weil sie in der Parteipresse ein

außerordentlich wideripruchsvolles Echo hervorgerufen haben.

Der Entwurf zerfällt inhaltlich in zwei Teile. Der erste Entwurf umsfaßt die allgemeine Stellungnahme zum Kriege. Dieser wird als Mittel der Politik verworsen. Gesordert wird die Lösung aller internationalen Streikfälle durch obligatorische Schiedsgerichte. Der altbekannte fromme Bunsch nach allsgemeiner Abrüftung taucht auf. Man erkennt als weltgeschichtliche Sendung der deutschen Republik, "Vor-Kämpsert üm der Beltabrüstung zu sein. Als Weg sür diesen Borkamp f wird vorgeschlagen: Nicht nur soll die Deutschsland aufgezwungene Küstungsbestimmung nicht überschritten werden; es wird auch abgelehnt, sie "ohne Kücksicht auf ihre politische und militärische Zwecksmäßigkeit" auszuschöpfen. Immerhin gesteht man dieser missionsbeladenen Republik zu, solange imperialistische und saschische Staaten sie infolge ihrer Mittellage bedrohen, zum Schuze der Selbstbestimmung ihres Volkes eine Wehrmacht aufrecht zu erhalten. Schließlich sordert man immer wieder einmal eine Neusestigung des Bölkerrechts im Sinne der Humanität, ebenso ein Verbot des Gaskrieges und der Verwendung von Bakterien zur Kriegsührung.

Der zweite Teil des Entwurses betrifft die Reichswehr, für welche man eine 10 Gebote-Tafel aufstellt. Davon ist besonders beachtenswert Punkt 1: "Kontrolle des Reichstages über alle Berträge der Heeresverwaltung", Punkt 3: "Berbot der Bestrasung von Beröffentlichungen über illegale Rüstungen", Punkt 6: "Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten", Punkt 10: "Berbot der Berwendung militärischer Kräste bei Konflikten zwischen Arbeit und Kapital". Schon am Tage nach der Beröffentlichung der "Richtlinien" im "Borwärts", am 29. Dezember 1928, brachte dieser einen Aufsat des Genossen Stampfer, eines Mitgliedes der Kommission, unter der überschrist: "Wir und die Wehrmacht". Stampfers Aussührungen zu dem Entwurf sind in sehr positivem Sinne gehalten. Er spricht sich hochbesriedigt über die Leistung der Kommission aus und öffnet gleichzeitig für einen kurzen Augenblick die Türe zur Werkstatt der Kommission. Der Blick hinein genügt, um zu erkennen, daß die 17 Kommissionsmitglieder durchaus nicht so einmütig das schließliche Ergebnis ihrer Arbeit bewertet haben mögen. Stampfer schreibt nämlich: "Schließlich kam ein Entwurf zustande, der die große Mehrheit der Kommission befriedigte..."

Das entscheidende Problem, vor welches die Kommission gestellt war, ersblickt Stampser in der Frage: "Soll die Partei die Notwendigkeit einer Wehrsmacht für die deutsche Republik bejahen oder verneinen?" Er gesteht in seinen weiteren Aussührungen, daß die Betrachtung der gegenwärtigen Berhältnisse zu einem Ja zwingen. Aber allein aus außenpolitischen Gründen. Denn: "Geswiß ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Wehrmacht in absehbarer Zeit eingesetzt werden müßte, nicht allzu groß — der für diesen Fall drohende Schaden ist aber so unermeßlich, daß keine verantwortungsbewußte Partei das Risiko einer vollkommenen Wehrlosigkeit des Landes auf sich nehmen könnte. Ob sich die Partei zur Zeit in der Regierung oder in der Opposition befindet, ist ganz gleichgültig." Dieses allgemeine Bekenntnis Stampsers beweist zweisellos eine für einen Parteisozialisten rühmenswerte politische Einsicht. Für sich gesehen

ist es nur die Formulierung einer politischen Binsenwahrheit.

Auf der gleichen Linie wie Stampsers Ausführungen liegt auch der Aufsat des Genossen Furtwängler, verössentlicht in der "Vorwärts"-Nummer vom 3. Januar 1929. Er führt die bei den zünstigen Parteigängern der SPD. sicherlich Mißtrauen erweckende überschrift: "Behrhafter Sozialismus". Furtswängler meint: "Benn der entschiedenste Pazisismus darin besteht, die Zertrümmerung der letzten Pistole zu sordern, ohne nach dem rechten oder linken Nachbarn der Nation zu schauen, dann ist die Annahme solcher "Richtlinien" allerdings die Abkehr von einem Pazisismus, von dem ich hoffe, daß er nie in der Partei vorhanden war, denn mit solchem Bekenntnis dürste keine Partei die Mitverantwortung sür die Leitung eines Staates übernehmen, der von anderen, wohl nicht unerheblich bewassineten Ländern rings umgeben ist." Der Versasser, wohl nicht unerheblich bewassineten Ländern rings umgeben ist." Der Versasser, daß die 17 Männer-Kommission im Kern das Richtige getrossen habe. Nicht für Kern, sondern sür gänzlich entbehrliche Schale hält er dagegen solsgenden Sat des Entwurses: "Eine Verpslichtung der deutschen Republik, die ihr auserlegten Küstungsbestimmungen "ohne Kücksicht auf ihre politische und militärische Zweckmäßigkeit auszuschöpspen", erkennt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht an."

Behören jo Stampfer und insbejondere Furtwängler, wenn man von ihren zweifellos aus parteitaktischen Gründen gemachten Borbehalten absieht, zu den Bejahern deutscher Wehrhaftigkeit, so spricht aus dem gleichfalls im "Borwärts" veröffentlichten Auffatze des Genossen Künstler eine geradezu apolitische Einsstellung zur Wehrfrage. Schon der Titel des Künstler'schen Aufsatzes ist beszeichnend. Er lautet: "Grenzschutz genügt". Künstler gesteht, daß er als Mits glied der Kommission gegen den Entwurf gestimmt habe. Lassen wir ihn selbst sprechen über die Gründe, die für ihn maßgebend waren: "Mit der von mir fritisierten Fassung kann aber jeder machen, was er will. Die einen werden, im Falle daß Deutschland einmal in einen Krieg verwickelt wird, sagen: Für uns ist die Landesverteidigung gegeben, da es sich um eine Intervention imperialistischer Staaten handelt, und die anderen werden für die Auffassung sein, baß die Boraussetzungen für die Landesverteidigung nicht gegeben sind." Diese Aberlegung führt ihn zu dem Schlusse, man musse bei fünftigen Wehrprosgrammen der SPD. ausgehen von dem Standpunkt, daß die heutige Wehrs macht umzuformen sei zu einer Grenzschutpolizei. Denn man könne grunds sätlich Abrüstung und Schiedsgerichtsbarkeit verlangen, um daran anschließend aufzuzeigen, daß, solange die anderen viel schlechter seien als wir, wir die Notwendigkeit einer Wehrmacht bejahen muffen. Wie man mit einigen bewaffneten Zöllnerbataillonen die Grenzen eines Landes von der Mittellage des Deutschen Reiches verteidigen foll, bleibt das Geheimnis des Genossen Künstler. Bielleicht werden es französische Politiker bedauern, daß ihnen nicht schon vor Jahrsehnten ein solcher Künstler erstanden ist, dessen Weisheit ihnen die Milliarden erspart hatte, die Frankreich zur Errichtung seines Festungsgürtels an der Oftgrenze und zum Aufbau seiner gewaltigen schweren Artillerie verschwendet hat.

"Einen, wenn auch noch so kleinen neudeutschen Militarismus," nennt Gesnosse Lampert den Programmentwurf in seiner Polemik gegen denselben im "Borwärts". Sett man statt "Militarismus" das Wort "Wehrwille" — denn

um eine geistig-jittliche Saltung handelt es jich hier doch letten Endes -, jo ift auch icon das politische Werturteil über den Entwurf gesprochen. Gin Bolf gibt sich jelbst auf, wenn es nicht mehr bereit ist, die letten Entscheidungen, vor Die die Geschichte es stellt, aus eigener Rraft, mit vollem Ginfat seiner jelbst zu treffen. Dieje Entscheidungen gehen um Fragen, die niemals vom Schieds= richtertisch aus gelöft murden. Sier duldet das Leben feine Kompromiffe. Darum wird kein mahrer politischer Führer sich beruhigen bei einer 50prozentigen oder selbst bei einer 90prozentigen Wehrbereitschaft. Denn Behrbereitschaft bedeutet Wille zur Selbstbehauptung, Wille zum Leben, das immer ein Ganzes und Unteilbares ist. Bon diesem bedingungslosen Willen ist der Geist des Entwurfes weit entfernt. Ihn zeigt auch teine der Stimmen, die aus dem sozialistischen Lager laut geworden find. Gewiß ist es ein hoffnungsreicher Unfag, was da burch einen Furtwängler aus dem gewertschaftlichen Lager vernehmbar wurde. Doch spürt man nur allzu deutlich die Hemmungen, wenn fast entschuldigend zugegeben wird, es musse Deutschland bis zu einem gewissen Grade sich versteidigen durfen im Falle eines feindlichen Angriffes. Infolge Bedenken rein parteitattischer Natur werden so Folgerungen, die sich eigentlich mit Rotwendigfeit aus zugestandenen Ginsichten ergeben mußten, umgebogen und munden in Rompromiffe, die vielleicht die Partei über eine augenblickliche Rrifis hinüberretten, politisch aber ihre Unfähigkeit zur Berantwortung erweisen. Der Magbeburger Parteitag wird hier taum reifere Früchte zeitigen.

München, Mitte Januar 1929.

Otto Leibrecht.

Bücher-Rundschau

Gedanken eines Goldaten.

Das Buch des Generaloberften von Seectt hat gleich nach jeinem Ericheinen weitherum Aufsehen erregt.*) Die flaren Worte des gewesenen Chefs der deutschen Reichswehr sind der Ausdruck flaren Denkens. Geistvoll, aber beherricht, äußert der geschulte Befehlshaber jeine Gedanten.

General von Seedt ichwieg, jolange er an der Spipe der Reichswehr ftand, wie eine Sphing. Auch im Buch bleibt er unpersonlich, spricht Gedanten aus, ohne das Innerste zu verraten. Leicht lüftet er das Bisier in der Einleitung, um sich als Soldat zunächst von allerlei Schlagworten loszusagen, die ein oberflächliches Bublikum einem General ohne weiteres andichtet. Wenn militärische Anlässe im Frieden vielfach Schlagworte erzeugen, so befreit der Arieg den Frontfämpser als ersten vom Schlagwort, von militärischen Schlagworten wahr= scheinlich auf Lebzeiten.

Das Buch besteht aus einer Reihe lose zusammenhängender Aufsätze. Shm= bole bezeichnet der General seine trefflichen Soldatenworte zu fünf Gedenktagen. Dann folgen als Hauptteil des Buches Probleme: Staatsmann und Feldherr -Das erreichbare Ziel — Moderne Heere — Heer und Staat — Neuzeitliche Ka-vallerie — Der Chef des Generalstabes. Dieser lette und der erste Aufsatz sind für den militärischen Führer und auch für jeden, den das Führerproblem beswegt, eine Fundgrube vorbildlicher Gedanken, geprägt in klassische Form. Das Problem, wie die modernen Heere und die zukünftigen Kriege sich

gestalten werden, ist die hochwichtige Militärfrage unserer Zeit. Generaloberst von Seedt geht dabei von drei Grundgedanten aus.

Erstens: "Die allgemeine wirtschaftliche Lage zwingt alle Staaten, an die Beschränfung ihrer Ruftungsausgaben zu denken, also die kostspieligste Art der Ruftung, ftarke Friedensheere mit langer Dienstzeit und reicher Ausstattung,

^{*)} Berlag für Kulturpolitif, Berlin 1929.